Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6386**
17. Wahlperiode 01. 07. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 119. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 6. Juli 2011

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	18, 49
Dittrich, Heidrun (DIE LINKE.)	22
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	1, 2
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Gloser, Günter (SPD)	45, 46
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	24, 25
Hagemann, Klaus (SPD)	5, 36
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	52, 60
Kaczmarek, Oliver (SPD)	37, 38
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 50
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 42
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Marks, Caren (SPD)	20, 21
Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	47, 48
Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Nink, Manfred (SPD)	3, 4
Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23
Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Paula, Heinz (SPD)	28, 58
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	39
Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	14, 15
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 59
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	16, 17
Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	10, 11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . . 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit 8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)

In welcher Größenordnung würde schätzungsweise das Nettosteueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden sinken, wenn die von Steuerpflichtigen auf der Basis von § 37 des Einkommensteuergesetzes (EStG) erhobenen Steuervorauszahlungen zu einem marktüblichen Zinssatz verzinst würden?

2. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung bereits darauf hingewirkt, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) aufgrund der bisherigen Medienberichterstattung bzw. aufgrund der in meiner Schriftlichen Frage Arbeitsnummer 6/184 geschilderten Vorkommnisse im Europa-Distributionscenter von IKEA in Dortmund-Ellinghausen tätig wird, und wenn ja, zu welchem Ergebnis ist die FKS in diesem Fall gekommen?

3. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Rolle von OTC-Derivaten (OTC: over the counter), die durch Unternehmen im Rahmen der Sicherung ihres Grundgeschäfts beispielsweise zur Absicherung von Währungs-, Zins- oder Rohstoffpreisrisiken Anwendung finden, für die Entwicklung der internationalen Finanzkrise, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um eine Wiederholung der durch den OTC-Derivatehandel hervorgerufenen Probleme auszuschließen?

4. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD)

Welche Entscheidung zur Regulierung von Derivaten haben die G20-Staaten getroffen, und welche Position vertritt die Bundesregierung auf europäischer Ebene in der Diskussion zum Anwendungsbereich der Regulierung von (OTC-)Derivaten hinsichtlich möglicher Ausnahmeregelungen vom Clearingzwang über CCP (Central Counterparty for Equities) für Unternehmen?

5. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Wie sieht die Bilanz aus den bislang eingegangenen, den jetzt aktuell für Rumänien vorgesehenen Verpflichtungen und der bisher zurückgezahlten Mittel an Zahlungsbilanzhilfen für Nichteurostaaten und aus dem European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM) aus, und welchen finanziellen Spielraum gibt es aktuell noch jeweils für weitere Kredite und Bürgschaften an Nichteuroländer und über den EFSM aus der sogenannten Marge?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

6. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich die Zahl der Bürgerarbeitsplätze aktuell entwickelt (bitte unter Angabe der beantragten, bewilligten, abgelehnten und besetzten Plätze), und in welchem Umfang wurde damit jeweils die Zahl der ursprünglich angestrebten Bürgerarbeitsplätze in den Bundesländern bislang ausgeschöpft?

7. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich die Zahl der geförderten Beschäftigungsverhältnisse auf der Basis von § 16e Absatz 4 Nummer 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) seit Anfang 2010 entwickelt (bitte Monatsdaten angeben), und wie viele aller Beschäftigungsverhältnisse nach § 16e Absatz 4 Nummer 1 SGB II bestehen länger als 24 Monate?

8. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie stellt sich die Bundesregierung konkret die für eine nachhaltige und abgestimmte Unterstützung bedürftiger Kinder und Jugendlicher erforderliche Zusammenarbeit zwischen Schulentwicklungsplanung, Jugendhilfeplanung, Sozialplanung etc. vor Ort vor?

9. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Gründe hat die Bundesregierung, das Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich der Stellen für die Schulsozialarbeit über das Zweite Buch Sozialgesetzbuch durchzuführen und nicht über das Achte Buch Sozialgesetzbuch?

10. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie viele der bisher über einen Vermittlungsgutschein zustande gekommenen Beschäftigungsverhältnisse enden nach Ablauf des sechsten, neunten und zwölften Monats (bitte die absoluten und relativen Werte angeben), und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Gründe und Höhe für Rückzahlungen bzw. Rückzahlungsforderungen von über den Vermittlungsgutschein ausgezahlten Geldern vor?

11. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie hoch kann – die derzeitige mittelfristige Finanzplanung für den Eingliederungstitel im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch zu Grunde gelegt und die Sonderprogramme abgezogen – das Fördervolumen des neuen geplanten § 16e SGB II für die Jahre

2012, 2013, 2014 und 2015 sein, und wie hoch sind für diese Jahre die vorliegenden Verpflichtungsermächtigungen in diesem Förderbereich?

12. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie möchte die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass die Qualität bei Ausschreibungen von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung gemäß § 46 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch künftig stärker in der Phase der Zuschlagserteilung Berücksichtigung findet, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die in ihren schriftlichen Stellungnahmen zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages zu den Integrationsfachdiensten am 4. Juli 2011 geäußerten Vorschlag der Bundesagentur für Arbeit sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), bei Ausschreibungen künftig die Qualität stärker zu gewichten, indem „Eignungsaspekte mit einem spezifischen Bezug zur Auftragsausführung“ (z. B. bisherige Eingliederungserfolge, spezifische Erfahrungen im entsprechenden Bereich, regionale Vernetzung eines Trägers) künftig in die fachliche Wertung einfließen müssen?

13. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung den vom Geschäftsführer des Integrationsfachdienstes gGmbH Köln, Hanspeter Heinrichs, in seiner schriftlichen Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages zu den Integrationsfachdiensten am 4. Juli 2011 geäußerten Umstand, wonach durch die Notwendigkeit der öffentlichen Ausschreibung der Vermittlungsunterstützung derzeit im Rheinland keine flächendeckende Regelleistung für arbeitslose schwerbehinderte Menschen nach § 109 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch existiert, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer schriftlichen Stellungnahme zur genannten Ausschussanhörung geäußerten Forderung, zu überprüfen, ob im Sinne stabiler Rahmenbedingungen „statt 36-monatiger Vergaben besser noch länger laufende Rahmenverträge eingesetzt werden sollten, wie es derzeit bei den Ausschreibungen der Unterstützten Beschäftigung (insbesondere wegen der langen individuellen Verweildauern) nach § 38a SGB IX geschieht“?

14. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen im Jahr 2011 gibt es seitens der Bundesregierung (auch mit Blick auf die unbefriedigenden Antworten der Bundesregierung auf meine Mündlichen Fragen 16 und 17, Plenarprotokoll 17/116 vom 29. Juni 2011) zu dem Thema der Bilateralen Zusammenarbeit im Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention („Der behindertenpolitische Austausch mit anderen Staaten wird gefördert. Die Aufnahme von behindertenpolitischen Themen in bilateralen Absprachen und Abkommen wird befürwortet.“) zwischen Deutschland und der Republik Polen sowie zwischen Deutschland und der Russischen Föderation, und wie sind dabei Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen einbezogen?

15. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen in den Jahren 2011 und 2012 gibt es seitens der Bundesregierung zu dem Thema der Bilateralen Zusammenarbeit im Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zwischen Deutschland und der Volksrepublik China, und wie sind dabei Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen einbezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

16. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung bisher vorliegende Unterlagen zur Einschätzung tatsächlicher ökologischer und gesundheitlicher Risiken, die vom gentechnisch veränderten Mais SmartStax ausgehen, und wann rechnet die Bundesregierung mit einer Anbauzulassung von SmartStax in der EU?

17. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung, dass beim Zulassungsverfahren von transgenen Pflanzen mit gestapelten Eigenschaften (stacked events) eine vergleichende Risikobewertung von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) als ausreichend erachtet und auf eine spezifische Risikobewertung der jeweiligen transgenen Pflanzen verzichtet wird, und welche Vorschläge hat sie zur Erweiterung der Prüfanforderungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

18. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Worin bestanden die „bi- und trilateralen Ausbildungshilfen für die irakischen Streitkräfte“, an denen sich nach Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt, auf der jährlich in Bahrain stattfindenden „IISS Manama Dialogue“-Konferenz Deutschland beteiligte und die demnach im Jahr 2006 verlängert wurden (www.iiss.org/conferences/the-iiss-regional-security-summit/manama-dialogue-archive/the-manama-dialogue-2006/plenary-sessions-and-speeches/day-two-plenary-sessions/address-by-christian-schmidt/), im Detail, und wann wurde der Deutsche Bundestag über diese Maßnahmen bzw. deren Verlängerung informiert?

19. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Projekte hat die Bundesregierung im Einzelnen im Rahmen der Gent-Initiative an die Europäische Verteidigungsagentur gemeldet, und über welche dieser Projekte sind bereits Umsetzungsvereinbarungen mit anderen EU-Mitgliedstaaten getroffen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

20. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die Kritik zahlreicher Schwerpunkt-Kitas bezüglich der Umsetzung der zahlreichen Auflagen des Programms „Frühe Chancen“, dass vor allem junge Erzieherinnen und Erzieher mit der umfassenden Dokumentation ihres Kitaalltags überfordert sein werden, dass zu wenig für dieses Programm geeignete Fachkräfte vorhanden seien, die die hohen Anforderungen erfüllten, dass die bei diesem Programm vorgesehene Arbeit in Teilzeit für viele Erzieherinnen und Erzieher nicht existenzsichernd sei sowie dass die Träger bei der Einstellung von Fachkräften finanziell erst in Vorleistung treten müssten, der Bund aber seine Zusage zur Einstellung dieser Kräfte zurücknehmen könnte (bitte auf alle Kritikpunkte einzeln eingehen), und wie beabsichtigt die Bundesregierung, auf die genannten Probleme zu reagieren?

21. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, beim Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ angesichts der Kritik und der zahlreichen Verbesserungsvorschläge aus den Kommunen bzw. der Schwerpunkt-Kitas selbst nachzubessern, und falls dies nicht beabsichtigt ist, warum nicht?

22. Abgeordnete
Heidrun Dittrich
(DIE LINKE.)

Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf oder Lösungsvorschläge zur Entschädigung der ehemaligen Heimkinder der 50er- und 60er-Jahre vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

23. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung im Nachgang des EHEC-Ausbruchs, um im Sinne der Katastrophenvorsorge Verbesserungen des bestehenden Pandemiereaktionssystems zu gewährleisten, und wie bewertet sie die Einlassung insbesondere von Univ.-Prof. Dr. Helge Karch von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, wonach er bzw. sein Laboratorium erst nach 14 Tagen von der Häufung von Fällen des HUS-Syndroms erfahren habe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

24. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)

Ist die Bundesregierung dazu bereit, im Ausland bereits erfolgreich erprobte Systeme der Fahranfängerbetreuung, beispielsweise obligatorische Beobachtungsfahrten, auch in Deutschland einzuführen und im neuen Nationalen Verkehrssicherheitsprogramm zu verankern?

25. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Durch welche Initiativen wird die Bundesregierung die Befreiung der Inselflüge von der Luftverkehrsteuer für Touristinnen und Touristen weiter verfolgen, nachdem die EU-Kommission lediglich eine dies betreffende Befreiung für Flüge zur medizinischen Versorgung sowie zur Beförderung von Inselbewohnerinnen und Inselbewohnern genehmigt hat?

26. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung das neue Konzept der Brandenburger Landesregierung zur Anbindung des Westhavellandes an die Autobahn 2, insbesondere die Planungen für den dreispurigen Ausbau der Bundesstraße 102 südlich von Brandenburg/Havel, und aus welchen statistischen Erhebungen wird der Bedarf dafür abgeleitet?

27. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aufgabe der ursprünglichen Pläne für die Anbindung des Westhavellandes an die A 2, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Teilabschnitt von Bensdorf nach Wusterwitz bereits gebaut wurde, und welche Kosten haben die alten Planungen und der bereits gebaute Teilabschnitt verursacht?

28. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Gibt es in der Bundesregierung Pläne, eine Kennzeichenpflicht für Fahrräder einzuführen, und hält die Bundesregierung diese Maßnahme zur Eindämmung von Verstößen von Fahrradfahrern gegen die Verkehrsregeln für erwägenswert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

29. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Maßnahmen und Initiativen sind aus dem Petersberger Dialog II am 3./4. Juli 2011 hervorgegangen, um die internationalen Klimaverhandlungen zu einem Erfolg zu führen?

30. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen und Initiativen plant die Bundesregierung – auch zusammen mit den EU-Partnerländern –, um in Ländern wie Polen, die in besonderer Weise von fossilen Energien abhängig sind, eine Umstellung der Energieversorgung und eine ambitionierte Reduktion der CO_2-Emissionen auf den Weg zu bringen und diesen Ländern auf diese Weise eine Zustimmung zu den EU-Klimaschutzplänen zu erleichtern?

31. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kostenabschätzungen liegen der Bundesregierung für kleine Photovoltaikanlagen bis 30 Kilowatt vor, deren Betreiber der gesetzlichen Verpflichtung gemäß dem neuen § 6 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nachkommen, an einem vereinfachten Einspeisemanagement teilzunehmen, und welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des auf Seiten der Netzbetreiber bestehenden Nutzens von Einspeisemanagementmaßnahmen bei kleinen Photovoltaikanlagen?

32. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werden aus Sicht der Bundesregierung gemäß dem novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz Energiespeicher wie Letztverbraucher mit der EEG-Umlage belastet, und gibt es eine unterschiedliche Handhabung bezüglich der Belastung zwischen durch Dritte gelieferten Strom und durch Eigenerzeugung unter Direktbelieferung bzw. Nutzung des öffentlichen Netzes?

33. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen haben nach Ansicht der Bundesregierung die Regelungen in § 37 Absatz 3 EEG für Pumpspeicherkraftwerke vor dem Hintergrund, dass sie zukünftig mit der EEG-Umlage belastet werden, da nicht auszuschließen ist, dass die Speicherbetreiber wie bei der Netzentgeltpflichtigkeit von der Rechtsprechung als Letztverbraucher betrachtet werden, und wie will sie diesen offensichtlichen Missstand aufheben vor dem Hintergrund ihres Ziels, die Speicherkapazität in Deutschland auszubauen?

34. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen Staaten bestehen zurzeit im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und des Strahlenschutzes welche bilateralen Vereinbarungen (bitte mit vollständiger Angabe aller Vereinbarungen/Staaten)?

35. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) bekannt, wann genau im vierten Quartal 2011 der Erörterungstermin in Tschechien zu den Atomkraftwerksprojekten Temelin 3 und 4 stattfinden soll (bitte mit Angabe des Datums), und welche Verfahrensunterlagen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung für Temelin 3 und 4 soll es nach Kenntnis des BMU in deutscher Sprache geben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

36. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Zu welchen Ergebnissen – insbesondere unter finanziellen Aspekten – hat die Sitzung des ITER-Aufsichtsrates am 14. und 15. Juni 2011 in Aomori (Japan) im Hinblick auf die Erbringung sowohl des finanziellen als auch des Sachleistungsbeitrags durch Japan geführt, und welche Auswirkungen hätte der diese Woche von der Europäischen Kommission vorgelegte Vorschlag für einen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2014 bis 2020, der die Finanzierung von ITER in einem Umfang von rund 2,7 Mrd. Euro explizit außerhalb des MFR stellt, konkret für den Bundeshaushalt?

37. Abgeordneter **Oliver Kaczmarek** (SPD)

Wie sind die aktuellen Planungen, Zeitpläne und Zielsetzungen für die Umsetzung des von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, im Februar 2011 angekündigten Grundbildungspaktes für Alphabetisierung?

38. Abgeordneter **Oliver Kaczmarek** (SPD)

Mit welchen von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, genannten potentiellen Grundbildungspaktpartnern (den Kammern, den Volkshochschulverbänden, den Gewerkschaften, den Ländern und den Akteuren der Zivilgesellschaft) wurden bereits Gespräche geführt, und was sind die Ergebnisse?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

39. Abgeordnete **Karin Roth (Esslingen)** (SPD)

Wird die Bundesregierung die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mehrfach zugesagten Zahlungen an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) umgehend wieder aufnehmen, nachdem die Ergebnisse des Zwischenberichts der unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Sicherheitsmaßnahmen gegen Korruption und Veruntreuung beim GFATM am 1. Juli 2011, wie von der Bundesregierung gefordert, vorliegen, und wenn sie die Zahlungen weiter verzögert, was sind die Gründe hierfür?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

40. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung, wie im Interview des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, in der „WirtschaftsWoche“ angekündigt (vgl. Nr. 23 vom 6. Juni 2011, S. 32), noch in dieser Legislaturperiode die Mitarbeiterkapitalbeteiligung auszubauen und den Freibetrag zur Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung anzuheben?

41. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung bewährte Konzepte aus dem Ausland, wie beispielsweise den ESOP (Employee Stock Ownership Plan) in die angekündigte Reform zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung einbeziehen, und inwiefern sollen Forderungen aus dem Initiativbericht (Initiativstellungnahme zum Thema „Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung in Europa“, SOC 371) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) in die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung berücksichtigt werden?

42. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die aktuellen Probleme bei den Steinkohlekraftwerksneubauten mit dem Stahltyp T24, und sieht sie aufgrund dieser offensichtlichen Probleme die Notwendigkeit, im angekündigten Förderprogramm für fossile Kraftwerksneubauten, den Bau von Gaskraftwerken zu präferieren?

43. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Untersuchungen liegen der Aussage zugrunde, dass „nach Ansicht der Bundesregierung […] bis zum Jahr 2020 ein weiterer Zubau von bis zu 10 GW gesicherter Kraftwerkskapazität notwendig" ist (Antwort auf meine Mündliche Frage 61 Plenarprotokoll 17/116 am 29. Juni 2011), und soll die geplante Kraftwerksförderung auf bestimmte Technologien beschränkt bzw. grundsätzlich mit Forderungen verknüpft werden?

44. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soll der Standort – und damit die Auswirkungen auf Versorgungssicherheit, Netzstabilität und Netzausbaubedarf – eines neuen Kraftwerks für die Förderung keine Rolle spielen, da der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, unkonditioniert eine Bezuschussung von neuen Kraftwerken mit bis zu 15 Prozent der Investitionskosten (s. Meldung energate messenger vom 30. Juni 2011) angekündigt hat, und sollte dies der Fall sein, ist die Bundesregierung der Meinung, dass der Standort von Kraftwerken keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, Netzstabilität und den Netzausbaubedarf hat?

45. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Wie hoch ist der Anteil syrischen Rohöls an den deutschen Rohölimporten, und welche Staaten sind neben Deutschland die fünf wichtigsten Hauptabnehmer für syrisches Rohöl?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

46. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Gibt es Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, die von der EU beschlossenen Sanktionsmaßnahmen auch auf ein Importverbot für syrisches Rohöl in die EU auszuweiten, um den wirtschaftlichen Druck auf das Regime in Damaskus angesichts der fortwährenden Unterdrückung der Opposition zu erhöhen bzw. einen nationalen Importstopp zu verhängen, falls es innerhalb der EU keine diesbezügliche Verständigung geben sollte?

47. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche politischen Initiativen plant die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Union und im Rahmen der Vereinten Nationen für die Zeit nach der Entstehung des neuen Staates Südsudan,

und welche Konsequenzen ergeben sich aus der Existenz des neuen Staates für notwendige Veränderungen des langfristigen Engagements der Bundesregierung beim Aufbau von afrikanischen Integrations- und Sicherheitsstrukturen?

48. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus ihrer im Afrikakonzept getroffenen Feststellung, wonach die Afrikanische Union und ihre Regionalorganisationen beim Aufbau einer Friedens- und Sicherheitsarchitektur weiter auf Unterstützung von außen angewiesen sind, für die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, ziviles Personal und sog. Blauhelme für die Sicherung von Frieden in Afrika zur Verfügung zu stellen?

49. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür nennen, dass sie trotz bis dahin geäußerter Bedenken am 29. Juni 2011 im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten der EU ihren Widerstand gegen eine Verlängerung des EU-Fischereiabkommens mit Marokko aufgegeben hat, obwohl dies nach Auffassung u. a. der UN und des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments völkerrechtswidrig ist, da es u. a. auch die Gebiete der völkerrechtswidrig von Marokko besetzten Westsahara umfasst, ohne die dortige Bevölkerung angemessen zu beteiligen, und worin besteht – jenseits der Zementierung der marokkanischen Ansprüche auf die Westsahara – der konkrete Mehrwert des EU-Fischereiabkommens für die saharauische Bevölkerung in der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara?

50. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über Waffenlieferungen Frankreichs an die oppositionellen Kräfte Libyens, und was beabsichtigt sie zu unternehmen, um in diesem Zusammenhang den Verstoß Frankreichs gegen gültige Embargos der Vereinten Nationen und der Europäischen Union aufzuarbeiten?

51. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Angriff von lediglich acht Personen am 29. Juni 2011 auf das – bis dahin als hochsicher sowie bestbewacht geltende – Kabuler Hotel Intercontinental anlässlich einer internationalen Sicherheitskonferenz dort, der nach langen Gefechten nur mithilfe von

NATO-Hubschraubern zurückgeschlagen werden konnte, im Hinblick auf die Sicherheitslage im Lande sowie auf die kurz bevorstehende Übergabe der Sicherheitsverantwortung u. a. in der Stadt Kabul an afghanische Sicherheitskräfte, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass statt offenkundig fehlschlagender vorrangiger Repressionsversuche nun vielmehr lokale sowie regionale Befriedungsverhandlungen mit Widerstandsgruppen forciert werden müssen, um die Sicherheitslage zu verbessern?

52. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Berichte zahlreicher unabhängiger Delegationen zur Wahlbeobachtung der Parlamentswahlen in der Türkei am 12. Juni 2011, welche massive und flächendeckende Wahlmanipulationen in den kurdischen Gebieten dokumentierten (http://solidarity-dicle.blogspot.com/p/reports-of-international-delegations-on.html) sowie den nachträglichen Ausschluss des gewählten Abgeordneten Hatip Dicle für den Demokratisierungsprozess der Türkei, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den dokumentierten Mängeln für ihre Beziehungen zur Türkei und in Bezug auf den Aufnahmeprozess der Türkei in die Europäische Union?

53. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit ist die Bundesregierung der Ansicht, dass es für eine Verbesserung der Umsetzungsmechanismen von Menschenrechtsklauseln ausreicht, den Menschenrechtsschutz in Fällen, in denen der Menschenrechtsschutz neben der allgemeinen Menschenrechtsklausel in Vorgängerabkommen nicht erwähnt wird, in künftigen Verhandlungen als Element des politischen Dialogs aufzunehmen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 69, Plenarprotokoll 17/116, S. 13357 (B)), und was unterscheidet nach Ansicht der Bundesregierung eine normale Erörterung des Menschenrechtsschutzes von einer „echten Erörterung“ des Menschenrechtsschutzes in den vertraglich vereinbarten Strukturen der Zusammenarbeit (a. a. O.)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

54. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der Evaluierung der EU-Rückübernahmeabkommen (KOM(2011) 76) vom 23. Februar 2011 in Kapitel 4.3, dass der Rechtsrahmen solcher Abkommen zwar die Menschenrechte der Rückgeführten bereits schützt aber dennoch „flankierende Maßnahmen, Kontrollmechanismen und/oder Garantien in künftige Rückübernahmeabkommen“ aufgenommen werden sollten, weil sich die „tatsächlich administrative und gerichtliche Praxis“ durchaus auch außerhalb des Rechtsrahmens der Abkommen abspielt, und inwieweit plant die Bundesregierung, dieser Empfehlung der EU-Kommission nachzukommen?

55. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Zeitplan für das Planungsvereinheitlichungsgesetz, das nach Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, noch vor der parlamentarischen Sommerpause in den Deutschen Bundestag eingebracht werden sollte, und in welchem Quartal dieses Jahres könnte aus Sicht der Bundesregierung die Novellierung frühestens abgeschlossen sein?

56. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den bisherigen Diskussionen um die Verbesserung der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen im Hinblick auf die Inhalte des Planungsvereinheitlichungsgesetzes, und wie bewertet die Bundesregierung nach aktuellem Kenntnisstand die ursprünglich beabsichtigte generelle Fakultativstellung des Erörterungstermins in Planfeststellungsverfahren?

57. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der im Verfassungsschutzbericht 2010 angezeigten Zunahme der rechtsextremistischen Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern, insbesondere auch hinsichtlich des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“?

58. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Gibt es Fördermöglichkeiten durch die Bundesregierung für private bzw. kommunale Initiativen, die in Städten und Gemeinden der alten Bundesländer die Erinnerung an die jahrzehntelange Präsenz der

Westallierten, deren Beitrag zum Aufbau der Demokratie und die vielfältigen Aspekte des Zusammenlebens wachhalten?

59. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang fragten Sicherheitsbehörden des Bundes seit 2008 Mobilfunkverkehrsdaten ganzer Funkzellen gemäß § 100g Absatz 2 Satz 2 der Strafprozessordnung (StPO) ab (bitte aufschlüsseln nach Behörde, Jahr, Befristungsdauer, Anlass, Zahl der Datensätze sowie Betroffenen, Ergebnisse), und wie lauten die entsprechenden Angaben für die Anwendung des § 100i StPO (sog. IMSI-Catcher zur Erhebung von Handystandorten, -geräte- und -kartennummern)?

60. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Wie viele Telekommunikationsanschlussnehmer/-innen wurden auf Antrag bzw. Veranlassung welcher Bundesbehörden anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm in Hamburg, Berlin, Rostock und der Region um Bad Doberan per Funkzellenüberwachung überwacht, wie es in Ermittlungsakten unter anderem zu den Städten Berlin und Hamburg dokumentiert ist, und wie viele ausländische Teilnehmerinnen/Teilnehmer an den Protesten (bzw. deren Telefonanschlüsse) wurden hierbei festgestellt?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333